

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 7

Erste Ausgabe
Sonntags
Bezugspreis monatlich 20 Pf.
Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 17. Februar 1924

Geschäftsstelle: Berlin C 2, Dreif. 89 IV.
Fernruf: Dietrich 8329.
Anzeigen werden nicht abgekommen.

40. Jahrgang

Die Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter.

Die fürchterliche Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den einzelnen Sparten unseres weitverzweigten Gewerbes bewegt sich schon seit Mai 1922 in fast ununterbrochen aufsteigender Linie. Der Mai 1922 zeigte mit seinen 503 völlig Arbeitslosen und mit den 619 Kurzarbeitern, deren Kurzarbeit auch nur als in mäßigen Grenzen gehalten festgestellt werden konnte, den günstigsten Stand der Beschäftigung unserer Kollegen und Kolleginnen an. Seit jener Zeit aber hat die Beschäftigung in unserem Gewerbe von Monat zu Monat ganz rapid nachgelassen. Nur in den beiden Sommermonaten des Vorjahres, im Juni und Juli, war eine leichte Besserung bemerkbar, die allerdings durch die dann folgende Zeit sehr rasch und sehr gründlich wieder verwischt wurde, bis im Dezember vorigen Jahres die Zahl der völlig Arbeitslosen mit 22 323 eine in unserem Gewerbe nie gefasste Höhe erreichte. Die Zahl der Kurzarbeiter hatte im November mit rund 45 000 den Höhepunkt erlangt. Unbeschreiblich ist die Not, die Entbehrung, die beiden körperlicher und seelischer Art, die diese nackten Zahlen ankündigen, und kein Mensch kann sich ein Bild von der Lebenslage jener Tausende machen, die nun schon seit sehr langer Zeit zum ungewollten und unfreiwilligen Nichtstun verurteilt sind.

Was sind bei den Bedürfnissen des Alltags die paar Pfennige, die der Staat als Erwerbslosenunterstützung zahlt, jetzt zahlt unter Bedingungen und Kautelen, daß tatsächlich nur die bitterste Not, das eiserne Maß, dazu zwingt, diese kaum noch bescheiden zu nennende Hilfe in Anspruch zu nehmen. Und wie außerordentlich schwer ist es gerade unter Beachtung des hier Gesagten den Gewerkschaftsleitungen geworden, die Auszahlung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung just in dem Augenblick einstellen zu müssen, in dem die Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter das Höchstmäß des Erträglichkeit weit überschritten hatte. Jeder mitleidende Mensch muß gleich uns der Anschauung sein, daß hier baldigst eine Aenderung eintreten muß. Noch ist das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft kein leerer Wahn, noch gilt das Wort, das unsere Gewerkschaften groß und stark gemacht hatte, daß einer für alle und alle für einen einzustehen haben. Mag es auch hier wieder so sein, wenn es gilt, den drückendsten Notstand von den Tausenden von Arbeitslosen zu nehmen. Wir zweifeln nicht daran, daß alle unsere Mitglieder zur gegebenen Zeit mit Freuden bereit sein werden, ein kleines Opfer für ihre unglücklichen Arbeitsbrüder und -schwestern zu bringen, die schon seit Monaten sich nicht sattessen konnten. Eine Erhöhung unserer Verbandsbeiträge im denkbar bescheidensten Ausmaß dürfte der allein richtige Weg zur Wiedereinführung unserer gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung sein, wenn wir uns zum Ziel setzen, nicht nur eine vorübergehende Notstandsmaßnahme zu ergreifen, sondern versuchen, durch unsere gewerkschaftlichen Einrichtungen eine dauernde Hilfestellung ins Werk zu setzen; so wie das ehemals der Fall war.

Allem Anschein nach machen sich leise Besserungen auf dem Arbeitsmarkt auch in unserem Berufe bemerkbar. Das zeigt sich in erster Linie aus den Berichten unserer Zellenstellen über den Stand der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffer im Januar. Noch Ende Dezember zählten von unseren Mitgliedern rund 29 000 als Kurzarbeiter, Ende Januar sank diese Ziffer auf rund 19 000. Trägt dieser Rückgang

der Kurzarbeiterziffer auch ganz offensichtlich die Merkmale einer nicht unerheblichen Besserung des Arbeitsmarktes, dann bleibt trotzdem die Tatsache bestehen, daß von je 100 unserer Mitglieder immer noch 31 mit Kurzarbeit — zum Teil in so beträchtlichem Umfang, daß sie völliger Erwerbslosigkeit gleichzustellen ist — zu rechnen haben. Aber auch die Zahl der Arbeitslosen ist im Fallen. Im Dezember waren es noch 22 323, Ende Januar wurden 16 947 festgestellt. Also auch hier ein Rückgang, der uns hoffen läßt, daß unsere Erhebung Ende Februar das Bild weiter erfreulich entwickeln wird. Unter den Arbeitslosen Ende Januar befanden sich 4421 Kollegen und 12 526 Kolleginnen. Von ersteren sind 23,4 Proz., von letzteren 29,6 Proz. arbeitslos. — Unsere Kurzarbeiter verteilen sich auf 741 Betriebe in 90 Orten. 5410 Kollegen und 13 560 Kolleginnen sind davon betroffen. Zwei Drittel von beiden Gruppen sind nur halbe Tage und weniger beschäftigt gewesen. Noch im Dezember war die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe fast doppelt so hoch als im Januar. — Als ein großer Mangel bei der Bewertung des Arbeitsmarktes in unserem Beruf hat sich schon immer die Saumseligkeit einer Anzahl unserer Zellenstellen gezeigt, die die von ihnen verlangten Angaben nicht liefern oder das doch so spät tun, daß diese unberücksichtigt bleiben mußten. Die letzte Erhebung von Ende Januar ist ausnahmsweise einmal fast lückenlos, sie wäre es ganz, wenn unsere Verwaltungen in Arnstadt, Gera, Mannheim, Freiburg, Schöned, Oberwesenthal, Wanfried und Koblenz mit zusammen 960 Mitgliedern ihre Pflicht ebenfalls erfüllt hätten.

Zur Behebung der Not der Arbeitslosen und Kurzarbeiter wird amtlich so gut wie nichts getan. Mit den paar Pfennigen aus der Erwerbslosenunterstützung wird niemand geholfen. Was unsere Arbeitslosen und Kurzarbeiter wollen, das sind nicht Almosen, nicht Pfennige, die zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel sind, das ist Arbeit, das ist die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft nützlich zu verwenden zu können. Nach dieser Seite hin geschieht so gut wie nichts und wo etwas geschieht, dann zeigt es sich vielfach als eine übermäßige Ausnutzung der Notlage der Arbeitslosen zum Vorteil einzelner Unternehmer. Ein gutes Vorbild planmäßiger Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt uns Amerika. Dort war auch bis vor nicht allzu langer Zeit ein Arbeitslosenheer von fünf bis sechs Millionen Köpfen vorhanden, das bis auf geringe Reste heute verschwunden ist. Der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, Genosse Frank Sodges, gibt in einem Artikel im „Daily Herald“ eine Erklärung für diese Erscheinung, nachdem er von einer längeren Amerikareise zurückgekommen war. Er erklärt, daß das Arbeitslosenproblem Amerikas auf ganz natürliche Weise durch Hebung des inneren Absatzes gelöst worden ist. Doch die Hebung des Absatzes im Landesinneren sei nur die Wirkung, die Ursache selbst liege in der Hebung der Löhne! Das ist nichts anderes als die Bewirkung der Forderung, die wir immer vertreten haben, nämlich, daß man ausreichenden Lohn zahlen muß, um die Kaufkraft des einzelnen und damit die der Gesamtheit zu heben. Gesteigerte Kaufkraft steigert den Absatz, steigert den Bedarf und schafft die so dringend notwendige Arbeitsgelegenheit. Wann werden unsere Unternehmer und ihre Regierung das begreifen?

Die soziale Reaktion.

„Wir können, wir dürfen dieser Verordnung (über die Arbeitszeit) nicht folgen, wir müssen ihr entgegenhandeln. . . Wir müssen, wenn wir noch ein Gewissen haben, auf jede Gefahr hin die Einhaltung dieser Anordnung verweigern, sie verletzen.“ Ist es etwa die entredete, des Achtstundentages werbende Arbeiterchaft, die diesen Verzweiflungsruf ertönen läßt? Nein. Das angeführte Zitat entstammt der Feder des Geheimrats Dr. Guggenheimer und steht an der Spitze der Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Warum sind die Unternehmer, denen die Arbeitszeitverordnung die ausgiebigste Arbeitszeitverlängerung sicherte (über die Bezahlung der Mehrarbeit hat sich noch keine einheitliche Praxis ausgebildet; sie ist in dem einen Fall unbezahlt, im anderen wird sie mit dem gewöhnlichen Stundenlohn vergütet), warum sind sie trotzdem unzufrieden? Sie halten jetzt die Zeit für gekommen, gegen die Einrichtung der Tarifverträge Sturm zu laufen. Sie möchten zur mehr mit den einzelnen Arbeitern Lohnverträge schließen, wie Geheimrat Guggenheimer sagt, „die Freiheit des Arbeitsvertrages“ wieder aufrichten. Der Arbeiter soll dem Unternehmer ganz ausgeliefert, das gewerkschaftliche Schutzes beraubt, den Gewerkschaften aber ihr hauptsächlichstes Betätigungsfeld entzogen werden. Die Unternehmer wollen durch Ausschaltung der Tarifverträge die Gewerkschaften vernichten. Die Bestimmung der Löhne, der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse soll durch Diktate erfolgen, wozu Stännes und Gefährten, die Bergwerksbesitzer, bereits Oktober letzten Jahres den Anfang machten. Tametsi mußten sie ihr berechtigtes Diktat zurückziehen. Jetzt propagieren sie aber offen, daß die Einrichtung der Tarifverträge abgeschafft werden soll. Dieselben Unternehmer, die nach dem Zukunftsbruch für die Arbeitsgemeinschaft und Tarifverträge Feuer und Flamme waren und die auch tatsächlich von den Tarifverträgen während der ganzen Inflationsperiode den größten Nutzen hatten! In den Zeiten der rapiden Geldentwertung wäre die Weiterführung der Produktion ohne Tarifverträge unmöglich gewesen. Der Mangel einer einheitlichen Regelung hätte Chaos und Unruhe in die Arbeitsverhältnisse gebracht und so jede geregelte Produktion verhindert. So rasch auch die Tarifverhandlungen geführt worden sind, dennoch wurden die darin bestimmten Löhne durch die Geldentwertung immer überholt. In diesen Zeiten halfen die Gewerkschaften mit, die Produktion weiter aufrechtzuerhalten und diese Weiterführung der Produktion hat den Unternehmern gewaltige Inflationsgewinne gesichert. Jetzt hat der Mohr seine Schuldigkeit getan, er kann gehen, jetzt wollen die Herren Arbeitgeber allein Herr im Hause sein.

Die gleichen Angriffe richten die Arbeitgeber gegen die Verordnung des Schlichtungswesens, die ebenfalls aus Grund des Ermächtigungsgesetzes vor kurzem erlassen wurde. Schlichtungsausschüsse, für größere Wirtschaftszweige einzelne Schlichter, außerdem Schlichtungskammern werden aus Grund dieser Verordnung bestellt. Diese Einrichtungen haben auf Anrufung einer Partei oder von Amts wegen in Tätigkeit zu treten und beim Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen) zu entscheiden, soweit eine vereinbarte Schlichtungsstelle nicht besteht oder den Abschluß einer Gesamtvereinbarung nicht herbeiführt. Der Schiedspruch kann für beide Teile verbindlich er-

klart werden. Bei den gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen kann es kaum einem Zweifel unterliegen, daß beim Schlichtungsverfahren die Unternehmer nicht schlecht wegkommen werden und die Schlichtungsinstanzen höchstens die himmelschreienden Ausschreitungen der Unternehmerwillkür verhindern würden. Wenn trotzdem ein geradezu wütender Angriff gegen die Schlichtungsverordnung durch die Unternehmer geführt wird, dann nur deshalb, weil das Schlichtungsverfahren die Tarifverträge voraussetzt bzw. solche zu schaffen hilft. Und wenn einzelne Unternehmer, ob im guten oder im schlechten Glauben, gegen das Schlichtungsverfahren mit der Begründung ankämpfen, daß die Arbeitskonflikte „ohne staatliche Zwangswirtschaft“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter sich ausgetragen werden sollen, dann zeigt der gleichzeitige Kampf gegen die Tarifverträge, daß dies in Wirklichkeit nicht beabsichtigt wird. Die Unternehmer wollen nach freier Willkür diktieren. Die Millionen von Arbeitslosen bilden eine riesige Reservearmee und stehen als Druckmittel immer zur Verfügung.

Die Abschaffung der Tarifverträge und die Ausgestaltung der Gewerkschaften soll in erster Linie dem Lohndruck dienen. Es ist bekannt, wie die deutschen Reallohne seit dem Kriege unter allem Maß niedrig waren. Das zweite Dezemberfest der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen „Wirtschaft und Statistik“ bringt die Verhältniszahlen für die Reallohne der Buchdrucker, Fabrikarbeiter und Metallarbeiter gegenüber dem Vorkriegsstand für das Jahr 1923 bis einschließlich Ende Dezember. Die Löhne der Berliner Metallarbeiter betragen z. B. in den Monaten November-Dezember durchschnittlich kaum mehr als die Hälfte der Vorkriegsreallohne. Sie schwanken zwischen 50 und 60 Proz. Die Fabrikarbeiter bezogen in Berlin 47 bis 70 Proz. ihrer Friedensreallohne. Die Aktion der Unternehmer zielt nun dahin, diese Löhne noch um durchschnittlich weitere 20 Proz. herabzusetzen. Im Ruhrgebiet versuchen sie im allgemeinen eine ungefähre 20prozentige Lohnherabsetzung durchzusetzen. Die Verpflichtungen aus den Ricam-Verträgen mit Frankreich sollen im ganzen Umfang von den Arbeitern getragen werden.

Es war schon seit langem vorauszusehen, daß mit der Wirtschaftskrise und der politischen Reaktion auch die soziale einlezen würde. Da, die politische Reaktion hat es sich von Anfang an zum Ziel gesetzt, die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit rückgängig zu machen. Trotzdem hat das Ausmaß dieser Reaktion die schlimmsten Annahmen übertrroffen. Es scheint, daß die deutschen Unternehmer nichts gelernt, dagegen alles vergessen haben!

Entscheidungen zu unseren Reichstarifverträgen.

Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbinderelbesitzer.

Am 5. Februar fanden Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbinderelbesitzer in Leipzig statt zum Zwecke der Neuregelung des Lohnvertrages. Inverserseite wurde den Arbeitgebern vorgeschlagen, die Lohnsätze des Apivertrages (52 Pf.) zu übernehmen. Außerdem forderten unsere Vertreter namentlich zum wiederholten Male eine Herabsetzung des Devisors zum Reichsaffordlohnzitat, und zwar in Rücksicht darauf, daß die heutigen Affordgrundlöhne in einem unerträglichen Verhältnis gegenüber der Vorkriegszeit stehen.

Arbeitgeberseitig wurde emgangs der Verhandlungen die überraschende Mitteilung gemacht, daß der Verband Deutscher Buchbinderelbesitzer sich mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten einig geworden sei, in der nächsten Zeit einen gemeinschaftlichen Reichsmanteltarifvertrag mit uns abzuschließen. Bezüglich unserer Lohnforderungen erklärten die Arbeitgebervertreter, daß von einer Erhöhung der Lohnsätze auf die Höhe des Apivertrages gar keine Rede sein könnte, es müßte vielmehr diesmal unter allen Umständen ein Lohnabbau herbeigeführt werden, und zwar dürfte der Spitzenlohn 45 Pf. in der Stunde nicht überschreiten. Eine Zurückführung des Devisors zum Reichsaffordlohnzitat könne ebenfalls nicht erfolgen, denn es sei keinesfalls bewiesen, daß die jetzigen Affordgrundlohnsätze falsch seien. Wenn auch nicht bestritten werden könne, daß ein Teil der Affordgrundlohnsätze

erheblich tiefer ständen als in der Vorkriegszeit, so sei damit nichts bewiesen, denn Feststellungen, die auf Arbeitgeberseite gemacht worden wären, hätten gezeigt, daß das tarifliche Soll noch immer erreicht würde. Die Arbeitgeber forderten dann weiter die Anerkennung der 54stündigen Arbeitszeit. Wenn auch das Gewerbe zurzeit eine solche Arbeitszeit nicht benötigt, so gebe es aber doch sehr triftige Gründe für die Arbeitgeberorganisation, in bezug auf die Arbeitszeit zu derselben Regelung zu kommen, wie in einem Schiedsspruch für den Spinderband vorgelesen sei.

Bei dieser Stellung der Arbeitgebervertreter war von vornherein jede Möglichkeit der Verständigung ausgeschlossen. Es mußten daher nach einigen Stunden Verhandlung diese ergebnislos abgebrochen werden. Das Reichsarbeitsministerium, das zur Schlichtung des Lohnstreites angerufen wurde, schickte am 12. Februar, wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, nachstehenden Schiedsspruch:

„Arbeitszeit. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes können für Betriebe oder einzelne Betriebsabteilungen vom Arbeitgeber Wehrstunden bis zur Höchstdauer von wöchentlich 54 Stunden angeordnet werden. Für die hiernach über 48 Stunden wöchentlich hinaus bis zur Höchstdauer von wöchentlich 54 Stunden geleisteten Wehrstunden ist für jede Stunde der tarifliche Stundenlohn zu zahlen. Für darüber hinausgehende Arbeitszeit ist außerdem der tarifliche Ueberstundenzuschlag zu zahlen.“

Diese Regelung tritt am 17. Februar 1924 in Kraft, gilt bis zum 30. Juni 1924 und findet sinngemäß auf Affordarbeitnehmer Anwendung.

Lohn. Der tarifliche Stundenlohn beträgt unter Aufrechterhaltung der bisherigen Staffellung 50 Pf. in der Spitze. Diese Regelung gilt bis zum 15. März 1924. Bezüglich der Lohnhöhe wird den Parteien empfohlen, sich dem frühesten Zustand wieder anzupassen.

Wir geben den Schiedsspruch nur sinngemäß wieder, da er uns beim Abschluss dieser Nummer noch nicht schriftlich vorliegt.

Dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten erhielten wir dieser Lage die Mitteilung, daß er nicht die Absicht habe, in Gemeinschaft mit dem Verband Deutscher Buchbinderelbesitzer einen Reichsmanteltarifvertrag mit uns abzuschließen. Dem Herrn vom Verband Deutscher Buchbinderelbesitzer sei ohne Zweifel ein Irrtum unterlaufen.

Aus dieser vorerwähnten Mitteilung ergibt sich, daß bei den Herrschaften des Verbandes Deutscher Buchbinderelbesitzer in bezug auf die Frage eines gemeinschaftlichen Tarifabschlusses der Wunsch der Bäter des Gedankens war. Man weiß nicht recht, was man dazu sagen soll. Eins steht jedenfalls fest, nämlich daß es im Verband Deutscher Buchbinderelbesitzer schon lange nicht mehr stimmt. Die Herren sind früher die Ehe mit dem „Api“ eingegangen. Weil sie aber dort nicht ihre volle Befriedigung fanden, gab es die in solchen Fällen übliche Scheidung. Einige Zeit versuchten dann die Herren mit uns allein im Vertragsverhältnis zu leben, aber auch dieses Verhältnis hat sie scheinbar nicht glücklich machen können. Trotz der in den letzten Tagen noch grimmigen Kälte sind ihnen jetzt plötzlich Frühlingsschmelze gekommen, denn nur so läßt es sich erklären, daß sie eine neue Ehe einzugehen wünschen mit dem Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten.

Wie wir aber aus der obigen Mitteilung entnehmen, denkt man natürlich dortselbst gar nicht daran, diese aufsehend wenig verträglichen Herrschaften bei sich aufzunehmen. Uns will es scheinen, als wenn es mit dem Verband Deutscher Buchbinderelbesitzer zu Ende geht. Auch die ganze Art ihrer Lohnverhandlungen, wie sie diese seit geraumer Zeit führen, läßt erkennen, daß diese Unternehmerorganisation nicht mehr recht lebensfähig ist. Man sendet in der Regel zu Lohnverhandlungen einen oder höchstens zwei Herren, die in Gemeinschaft mit dem öfters wechselnden Syndikus sich ihrer Aufgabe zu entledigen suchen. Wie diese von Sachkenntnis nicht angefräntelten Doktoren ihre Aufgabe aber auffassen, kann man am besten daraus erkennen, daß sie ohne das Reichsarbeitsministerium überhaupt keinen Weg finden zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hier in Betracht kommenden Arbeiterschaft. Daß es unter solchen Umständen möglich sein soll, zukünftig ein weiteres zentrales Tarifvertragverhältnis aufrechtzuerhalten, erscheint uns mehr als fraglich. Vielleicht empfiehlt es sich, daß den Herren

dieser Arbeitgebergruppe einmal die Gelegenheit gegeben wird, ohne Tarifverträge ihre Betriebe fortzuführen. So wie bisher kann und darf es jedenfalls nicht weitergehen.

Verhandlungen für die Kartonnagenindustrie.

Am 7. Februar wurden von Vertretern unseres Verbandes Lohnverhandlungen mit dem Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanten in Weimar geführt, die aber leider auch kein Ergebnis zeigten. Auch hier forderten die Arbeitgeber mit großer Zähigkeit und Hartnäckigkeit einen Abbau der derzeitigen Löhne. Von unserer Seite war den Arbeitgebern vorgeschlagen worden, die derzeitigen Spitzenlöhne unverändert zu verlängern, während wir für die jüngeren Altersklassen der Facharbeiter und Hilfsarbeiter sowie der Hilfsarbeiterinnen und Facharbeiterinnen eine günstige Spannung als wie bisher forderten. Da man sich nicht zu einigen vermochte, mußte auch hier das Reichsarbeitsministerium um die Einsetzung eines Schiedsgerichts erlucht werden. Der Termin ist in diesem Fall auf den 15. Februar festgesetzt worden.

Es lohnt sich in diesem Zusammenhange, mit ein paar Worten einmal darauf hinzuweisen, daß nach unserem Dafürhalten der um einige Pfennige niedrigere Lohnzitat in der Eisindustrie ein starkes Hemmnis bildet. Die Herren in der Eisindustrie haben das Glück gehabt, daß ihnen einmal beim Reichsarbeitsministerium durch einen recht unglücklich operierenden Unparteiischen etwas niedrigere Lohnsätze zugestanden wurden und seit dieser Zeit bemüht man sich nun im Lager der Eisfabrikanten, diese Tatsache gehörig auszuschlachten. Durch eine unserer Verwaltungsstellen erhielten wir dieser Lage Kenntnis, daß die Eisfabrikanten an ihre Mitglieder sowohl als auch an die Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Kartonnagenfabrikanten ein Zirkular richteten, in welchem sie den Versuch machen, die Mitglieder des Zentralverbandes durcheinander zu bringen. Man verweist in demselben auf die höheren Lohnsätze der Kartonnagenindustrie, die ihre Ursache hätten in einer ganz unglücklichen Lohnpolitik, die die führenden Männer des Zentralverbandes seit geraumer Zeit trieben. Es fehlt darin nicht an Beschuldigungen überster Art, so daß man sich fragen muß, wo soll das hinaus? Seitdem sich der Reichsverband der Eisindustrie zur Führung seiner Geschäfte die Syndzi der Brandenburgischen Metallindustrie ausertoren hat, wird in jenen Kreisen die übliche Doktorenpolitik getrieben und es gewinnt den Anschein, als wenn verlegte Eitelkeit im Lager der Eisfabrikanten mit die Ursache dafür ist, daß solche wenig schönen Magimen Rode geworden sind.

Argentwischen Vorteil für die Herren Eisfabrikanten kann solcher Eum nach unserem Dafürhalten nicht bringen, es zeigt aber, daß die allgemein zu beobachtenden Erscheinungen der Nachkriegszeit in bezug auf die Moral auch bei diesen Kreisen nicht halt gemacht haben. Wir behalten uns vor, auf diese Dinge noch näher einzugehen.

Technik und Gewerkschaftskampf.

H. „Radio“ ist heute das aktuellste Problem der Technik, das auch in weitesten Kreisen außerhalb der Fachwelt Interesse erweckt. Das Proletariat kann an den Erfolgen dieses Zweiges der Technik nicht teilnehmen, da es sich die Apparate nicht leisten kann. So bleibt die Technik, was sie war: ein Stück Zivilisation. Zur Kulturverschönerung kann sie erst werden, wenn sie kulturelle Aufgaben für die Allgemeinheit zu erfüllen hat.

In Wien, der größten Gemeinde der Welt mit sozialistischer Verwaltung, ist man jetzt auf dem Wege, die Technik so zu gestalten, daß sie einmal die Voraussetzung zur Kultur werden kann. Im Haushalts für 1924 sind 150 Milliarden Kronen für den Weiterbau der Wasserkräfte vorgesehen. Arbeiten, die Zehntausend in einiger Zeit von der Rohleistung zur nutzbringenden machen. Nach Prof. Hebbel enthält das auf der ganzen Erdoberfläche abfließende Wasser 8 Milliarden Pferdekräfte, von denen nur ein ganz kleiner Teil nötig ist, um die Rohle zu erzeugen und die Kraft ganz bedeutend zu verstärken. Dabei sind die anderen Naturkräfte noch völlig ungenutzt, z. B. die der Sonne, von deren Energie nach Prof. Koblrauf, dem ehemaligen Präsidenten der physikalisch-technischen Reichsanstalt, allein einige Quadratmeilen in Nordafrika für den ganzen Bedarf Deutschlands genügen.

Welche Bedeutung könnte solch großartige Organisationsarbeit haben! Sie würde z. B. den ganzen Haus-

halt jedes einzelnen elektrisch versorgen können, das elektrische Stechen, die elektrische Reinlegung usw. ermöglichen und die proletarische Frau der Arbeit für ihre Kinder und anderer Stützarbeit zuführen.

Aber die Voraussetzung für solche Kultur der Technik ist ein starkes, organisiertes Proletariat, das durch einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß den Gefahren zu trotzen vermag, die die Entweltung der Technik dem Proletariat bringt. Es ist ja bekannt, daß jede neue Ausnutzung von Naturkraft Menschenkraft überflüssig macht. Das bedeutet für die Zeit des Kapitalismus Arbeitslosigkeit, Hunger, wenn nicht eine starke gewerkschaftliche Organisation dieser Industrialisierung gegenübersteht. Nebst der großen Vereinfachung einer sozialistischen Organisation der Technik zur Kultur, hat daraus hervorgegangen von 1000 Stogramm Getreide nötig sind bei nur Handarbeit 104, bei elektrisch betriebenen kleineren Dreschmaschinen 26 und bei völliger Groß-Elektrifizierung 10 Arbeitsstunden.

So bringt jeder technische Fortschritt bezüglich der Ausrüstung eine weitere Proletarisierung der Massen, und da dieser technische Fortschritt nicht künstlich aufgehalten werden kann, so ist die weitere Proletarisierung unausweichlich. Aber da stehen so viele Proletarier mitten im Maschinengewirr und bringen es dennoch fertig, die Organisation zu zerstören, die allein den Anlauf der Maschine in die gesunde Bahnen zu lenken imstande ist. Statt zum Verderben kann die Maschine zum Kulturträger des Proletariats werden, wenn es nur durch Einigkeit seine Kraft auszunutzen versteht.

Aus dem Wuppertal.

Seit dem 19. Januar stehen die Mitglieder unserer Pabstfische Warmen Ebersfeld im Streik. In Betracht kommen die Buchbindereien, Buchdruckereien, Briefumschlag- und Papierwarenfabriken, soweit sie unter unseren Reichstakt für das Deutsche Buchbindergewerbe fallen. Nicht im Streik steht die Kartonagenbranche und das Buchbindereipersonal in den gemischten Betrieben (Buch- und Stein-druckereien). Gleichzeitig mit unserer Kollegen schreit die hier dominierende Textil- und die gleichfalls bedeutende Metallarbeiterchaft. Außerdem streikt das Langweidener, und zeitweilig waren die Transportarbeiter (Schauffener, Kutscher und Fuhrleute) mit im Kampf. Auch Schwebelbahn und Straßenbahnen haben zeitweilig gestreikt.

Die Ursache dieser gewaltigen Kämpfe ist auf das Vorgehen der Arbeitgeber zurückzuführen, die in rigoroser Weise die schlechte Lage der Arbeiterchaft auszunutzen gedachten, um Arbeitszeitverlängerung und große Lohnföhrungen gleichzeitig durchzusetzen. Seit August v. J. ist die Buchbindereiarbeiterchaft in Bezug auf die Lohnregelung aus dem Reichstakt ausgeklammert und hat in Gemeinschaft mit der Textil-, Metall- und Chemiewerkerchaft in sogenannten paritätischen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für den bergischen Industriebezirk allmählich auf Grund der dringlichen Anforderungen die Löhne festgesetzt. Nach und nach hat fast die gesamte Industrie sich an dieser örtlichen Lohnregelung beteiligt, und zeitweilig war auch der Bezirk selbst über seine Grenze ausgebreitet. Solange die Inflation anhielt und die Industrie ihre Kapitalgewinne einbehielt, ging alles gut. Das Ende des Aufstiegses jedoch, und die Stabilisierung unserer Währung brachte ihre schnell eine Wendung. Die Arbeiterer ließen ihre bisher zur Schau getragene arbeiterfeindliche Maske fallen. Vergessen waren anscheinend die schönen Reden von des „Vollens getreulichem Sohn“, von den „Helden von Aachen und Aacht!“ Auch die Versprechungen waren nicht mehr wahr, die dahin gingen, daß man den Arbeitern bei sinkenden Lebensmittelpreisen zunächst eine Atempause gewähren würde, damit sie wieder zu Mut kamen. Schnell und unvermittelt setzte der „Lohnabbau“ vor Weihnachten ein. Gegen den Willen der Arbeitervertreter wurden die herabgesetzten Löhne durch den Arbeitgeberverband einseitig in Kraft gesetzt. Hand in Hand damit wurden immer mehr Arbeiter entlassen und das Heer der Arbeitslosen, das an sich schon groß war, noch außerordentlich vermehrt. Auch die Buchdruckerei von Katernberfabrik S a m e l u c a s entließ 14 Tage vor Weihnachten einen sehr großen Teil ihres Personals.

Mit Beginn des neuen Jahres begann dann der Kampf um die Befestigung des Existenzminimums. Das Verhandlungsangebot und die mit dessen Hilfe eingeleitete Arbeiterbewegung bezüglich der Herabsetzung boten dazu willkommene Handhaben. Auch für unseren Bezirk wurde nun diese Frage akut. Wir berieten uns aber auf unseren Reichstakt, dem wir in Bezug auf die Bestimmungen des Mittelstandes nach wie vor angehören. Die Arbeitszeitfrage schien demzufolge für uns aus und konnte keine Rolle mehr spielen. Wie sie reichstaktlich dann geregelt wurde, ist bekannt und bedarf an dieser Stelle keiner Erörterungen mehr. Um so mehr spielte die Lohnfrage nun die Hauptrolle. Diese konnte nach dem vorherigen Verhältnis natürlich nur in einem gewissen Zusammenhange mit der übrigen Industrie gelöst werden. Es wurde uns zunächst ein Spitzenlohn von 27 Pfennig geboten,

was auch der höchste Lohn in der Textilarbeit werden sollte. Damit blieben wir wesentlich hinter unserem Reichstakt zurück (22 Pf.), was auch schon vor Weihnachten insolge des willkürlichen Lohnabbaues der Fall war. Da die in Betracht kommende Arbeiterchaft fast ausschließlich mit Buchbindern im gleichen Verleib zusammenarbeiten, die einen Tariflohn von 27 Mt. pro Woche erhalten, so mußte auch dieser Umstand in Betracht gezogen werden. Daher forderten wir einen Stundenlohn von 56 Pfennig in der Spitze. Der Gesamt-Arbeitgeberverband rief den Reichs- und Staatskommissar zur Entscheidung an. Nach längerer Beratung, die sich am 23. Januar von morgens 9 bis nachts 3 Uhr hinzog, erhielten die einzelnen Industriegruppen Schiedssprüche, durch welche Spitzenlöhne von 45 bis 50 Pfennig festgesetzt wurden und in Bezug auf die Arbeitszeit sogenannte Ueberarbeitsbestimmungen von 54 bis 56 Stunden festgelegt, in gleicher oder ähnlicher Weise, wie es bei uns reichstaktlich geregelt wurde. Die Arbeitergruppen lehnten diese Sprüche ab, die Arbeitgebergruppen erklärten ihre Zustimmung!

Inzwischen waren die Textilarbeiter bereits ab 11. Januar in den Streik eingetreten. Unsere Mitglieber hatten in einer großen Versammlung am 18. Januar ebenfalls mit großer Mehrheit den sofortigen Streik beschlossen. Dieser Beschluß wäre vielleicht nicht gefast, und man hätte am Ende den zu erwartenden Schiedsspruch abgelehnt, wenn nicht bei der Firma Reinhard Schmidt — und auf deren Angabe hin auch in einigen anderen großen Firmen — eine weitere Lohnföhrung vorgenommen worden wäre. Das schlug dem Kopf den Boden aus und wesentlich zu dem Beschluß des sofortigen Streiks beigetragen. Dieser willkürliche Lohnabbau soll allerdings auf einen Irrtum der Verleibselbstung zurückzuführen sein. (?) Nachdem der Schiedsspruch gefallen und von Arbeiterseite einmütig abgelehnt war, wurde in den einzelnen Industriegruppen gesondert verhandelt, aber ohne Erfolg. Auch unserer Seite wurde versucht, eine Form zu finden, die unsere Mitglieder in Bezug auf den Lohn einigermaßen zu friedensstelte und der Arbeitgeberseite die Möglichkeiten anbot, ohne den Beschlüssen des Gesamtarbeiterverbandes zu widersprechen, zu einer Verständigung zu kommen.

Eine solche Verständigung glaubte die beiderseitige Verhandlungskommission auch gefunden zu haben. Es zeigte sich aber, daß durch die bisherige Kompromiß die Arbeitgebergruppen so miteinander verbunden sind, daß eine Lösung einzelner Gruppen fast unmöglich erscheint. Unsere Arbeitgebergruppe glaubte sich nicht auf den vorgeschlagenen Boden stellen zu können und wählte eine verkehrtere Form. Diese genigte unseren Mitgliedern aber nicht, und sie lehnten den Vorschlag der Unterhandlungskommission in einer am 1. Februar stattgefundenen Versammlung mit überwältigender Mehrheit ab. Inzwischen hat auch eine Urabstimmung in der Textilarbeiterschaft stattgefunden, die ebenfalls mit ganz überlegender Mehrheit für Weiterstreik gestimmt hat.

Es ist kaum zu bezweifeln, wie trotz Not und Entbehrung und trotz der Tatsache, daß die Verbände finanziell geschwächt sind, die Arbeiterchaft alles willig auf sich nimmt, um den Kampf um ihr Recht und um eine menschenwürdige Existenz durchzuführen.

Der Streik geht also weiter, aber es ist doch nun zu hoffen, daß der Arbeitgeberverband zu der Erkenntnis kommt, daß auch seine Macht eine Grenze hat, daß die Arbeiter noch nicht zu willenlosen Sklaven herabgewürdigt sind und daß der Kampf nicht das Ergebnis einzelner Hege ist, sondern aus der Masse heraus geboren wurde.

Der Streik der Buchbinder und Papierverarbeiter und Arbeiterinnen ist beendet! Die Arbeit ist geschlossen wieder aufgenommen. Auf Grund des Schlichtungs-Spruches hatten mit der beteiligten Arbeitgeberorganisation wiederholt Verhandlungen stattgefunden, die schließlich zu dem Ergebnis führten, daß die Vertrauensleute unseres Verbandes und des Christlichen Grap. Zentralverbandes beschlossen haben, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Eine gemeinsame Arbeiterversammlung stimmte nach längerer Beratung mit Mehrheit dem Antrag der Vertrauensleute zu.

Der Streik hat drei Wochen gedauert und wurde mit Mut und Ausdauer geführt. Zu bemerken ist dabei, daß die Arbeitszeitfrage bei diesem Streik ausgeklammert war, weil durch Reichstakt geregelt in gleicher Weise, wie dies auch bei den Buchbindern der Fall ist.

Jetzt weht ein anderer Wind

„Inzwischen, jetzt weht ein anderer Wind“, entgegnete ein Unternehmer seinem Betriebsrat. Die Arbeiterchaft blüht es. Die Arbeitszeitverlängerung soll das Mittel sein, die deutsche Wirtschaft wieder hoch zu bringen. So sagen sie und meinen natürlich den Profit. Die Inflationsgewinne haben aufgehört, und nun soll durch die Verlängerung der Arbeitszeit der gefährdete Profit wieder geteilt werden, wozu die bürgerliche Regierung hinreichend die Hand bietet. Wenn und zehn Stunden soll gearbeitet werden, und das mit einer an-

gemergelten Arbeiterchaft, die fast 10 Jahre der Not und Entbehrung hinter sich hat und Tübelstöße und andere Volkstschmerzen vermehrte Opfer lindern. Verlängerung der Arbeitszeit, trotzdem die Betriebe nur mit 1/3 bis 1/2 ihrer Vorkriegsbeschäftigung arbeiten. Der Arbeiter soll wieder von morgens bis spät abends im Verleibe festgehalten werden, dann hat er keine Zeit mehr, sich mit Politik zu beschäftigen, noch sich weiterzubilden und an der Natur sich zu freuen. Alles Vorrechte, welche die Ausbeuter für sich in Anspruch nehmen. Aber der Arbeiter kann sich dann auch nicht mehr der Erziehung seiner Kinder widmen. Die Unternehmer mögen sich mal das Bild vorstellen, wenn Mann und Frau von frühmorgens bis abends in der Fabrik festgehalten werden. Was soll da aus den Kindern werden? Doch das beunruhigt das Unternehmertum nicht, der Profit geht über Leiden, wenn nur ihre Kinder blühen und gedeihen, damit sie dann später wieder als Ausbeuter herrschen können. Gütliche Beseitigung. Von den Knochen der Arbeiterchaft mäht sich alles, selbst das internationale Parastentum in St. Moritz, Chur u. a.

Kein, eine Verlängerung der Arbeitszeit ist nicht notwendig. Das Verlangen dazu ist nur Maßstab und Größenmaß des Unternehmertums. Mehrproduktion ist möglich durch Verlegung der Arbeitsplätze und Maschinen durch die Arbeitssachen (damit diese auch wieder konjunkturten werden) bis zur Höhe der Vorkriegszeit. Genaue Kalkulation, Verbesserung der technischen Einrichtungen und damit auch eine Verbilligung der Produktion, nicht durch Abbau der Löhne, der doch auch wieder einen Widerstand verursacht. Eine Verlängerung der Arbeitszeit kann und wird die Arbeiterchaft nicht willig hinnehmen. Schon brodet und gärt es unerträglich in den Massen. Ein unter zu hohen Druck gesetzter Keil platzt. Das mag das Unternehmertum bedenken. Und eine stärkere Klassenkampfplage kann der Arbeiterchaft nicht gemacht werden.

Tarun, Kollegen und Kolleginnen, stärkt eure Organisation, die nur durch die fürchterliche Selbsterwertung vorübergehend geschwächt wurde. Die Hofnung gewisser Kreise, die Gewerkschaften zu zertrümmern, muß zu scheitern werden. Halte wie die Unternehmer fest zusammen, ihr seid das schaffende Volk, das seine Sklaven fetter sprengen wird, wenn es einig und stark ist durch seine Organisation. Tarun, aber auch nur dann, weht wieder ein anderer Wind.

D. Hannemann, Lützenwalde.

Auf und durch!

Kein schöneres und kürzeres Stichwort könnte man heute der Arbeiterbewegung widmen, als diese Aufforderung unseres unvergesslichen August Bebel, mit der er oft seine tiefen deutschen Volksversammlungen zu solchen Hymnen. In unserer finsternen Gegenwart, in der die schier erdrückende Last der vorgehenden Weltkatastrophe nicht nur unser Volk, sondern auch die Arbeitsbrüder der Siegerländer bedrückt, da bedarf es dieser Aufpeitschung des Volksgelstes. Und ist es allein, einzig und allein der Krieg, der uns diese Leiden gebracht hat? Wir wollen heute davon Abstand nehmen, nachzuweisen, daß diese Weltkatastrophe abzuwenden gewesen wäre, wenn „die Verbannenen dieser Erde“ ihre Macht erkannt hätten und nicht Millionen hinter der Mauthöhe des widervergebenden Nationalismus hergelassen wären, statt der Parole zu folgen: „Aus sind die Völker alle Brüder und unser Feind die Tyrannen“. Moderne Philosophen bekämpfen noch heute diesen reinen und edlen Gedanken. Kriege fei nicht eher möglich, als bis das organische, der Pflicht folgende Prekariat über das Individualistische, nur dem Glücke folgende Existentialismus niedergelungen sei. Ich meine, ein jeder Arbeiter müsse diesen Standpunkt bekämpfen. Die Wahrheit ist, daß wir unserer Pflicht eingedenk sein müssen, um das Glück alles dessen, was Menschenanlieh trägt, zu begründen. Das Glück des Einzelmenschen ist begründet im Gemeinwohl und bedeutet Sozialismus. Moderne Menschen, oftmals Doktoren und Pädagogen, glauben den historischen Materialismus bekämpfen zu müssen und fühlen sich erhaben über Marx. Ich glaube, daß diese eckstirnige Gelehrsamkeit gar nicht imstande ist, Marx zu verstehen. Dabei weht ein jeder Mann, daß Unterernährung, Nervenzerrüttung und Gehirnerweichung nach sich ziehen muß. Der Motor, der die komplizierteste Maschine der Natur treibt, ist die Ernährung und die Erhaltung der Art. Wer anderes leht, arbeitet der Menschenausbeutung in die Hände, und zwar auch dann, wenn er sich ultrarational gebärdet.

Das gesunde Blut im Menschen ist heilrot, das dunkelrote Blut bedarf erst der Reinigung, und verbodenes dunkelrotes Blut wird gelb und bildet Eiter. Diesen Vorgang sehen wir haarföhrig auch im Wirtschaftssteben. Hierin liegt die Hauptwurzel des Unglücks. Wir glauben, an der Spitze der Arbeiterbewegung zu marschieren! An der rauhen Wirklichkeit ist dieser Traum zerbrochen. In der Theorie und im Babeln, in der Hofnung des Programms mag das zutreffen, aber in der Wirklichkeit hat unser Volk seinen Wandelmut bewiesen. Das keine Oesterreich und das nuchterne, klare und praktische England sind uns voranz!

Und nun aus den großen Gegenwartsfragen zu unserer Organisation. Alles Dargelegte haben wir im Verband bis auf die Reize durchgeleitet. Uebergeschappte Generalfreundschaften haben besonders bei uns in der Stadt des Lichtes große Bewirung angerichtet und uns an den Rand des Abgrunds gebracht. „Landgraf werde hart!“ Das ist die Vorbedingung für den Aufstieg. Ich habe die Mahlen unseres Brudervolkes in Oesterreich und die des englischen Volkes erwähnt. Das dunkelrote, unreine Blut ist gereinigt. Hoffen wir, daß auch dem französischen Volk der Star gekrochen wird. An uns aber liegt es, Deutschland zu retten. Das ist die Aufgabe nicht nur der politischen Arbeiterbewegung, sondern auch unserer Gewerkschaften.

Es ist ein Unsin, heute noch von Neutralität der Gewerkschaften zu reden. Die Politik ist ein Mittel, wirtschaftlich zu herrschen und zu beherrschen. Wollen wir den Volkstumbtag und das Betriebsstrategie halten und verbessern, dann muß die Arbeiterschaft die Vertretung ins Parlament wählen, die die wahre und soziale Republik führt und befehligt. Ein Wirtschaft über fällt in unsere Zeit, und das ist die Festigung des Geldes. Möge das Maß noch so leer sein, es hat wenigstens einen Boden zum Wehweken vieler sogenannter „Vaterlandsfreunde“. Diesen Boden zu besetzen, und zwar auf Kosten des Reiches, ist die Aufgabe des arbeitenden Volkes.

Unser Verband hat diese Kräfte, dank der Unterstützung unserer Bruderorganisationen, noch selbst überwinden. Das erste Gebot für uns aber ist Opferbereitschaft. Ein leeres Maß mit Boden allein tut nicht, es muß wieder gefüllt werden. Wir müssen möglichst schnell zum Beitrag der Vorzeitszeit zurückkehren. Von Unterhaltungen zu reden, ist noch verfrüht, ein so großer Anhänger ich auch von der tätigen Menschenseite bin. Notwendig ist die Anfassung eines Verbandsvermögens, um unseren Forderungen Nachdruck verleihen zu können. Dazu ist der Wiederaufbau unserer Zeitung unbedingte Notwendigkeit. Die zerfallene Haltung großer Schichten ist durch den Abbau der Presse verschärft. Es wird mir niemand vorwerfen können, ein Tarifkagener zu sein, allerdings habe ich den Begriff Tarifgemeinschaft nicht für richtig. Der Tarif darf nie Endzweck sein. Kann einmal ein lefferer Zustand gefunden werden, oder ist er zu schlecht, dann weg mit ihm!

Aber das Geld tut es nicht allein. Die Arbeiterschaft darf nicht nur äußerlich Mitglied sein, nein, ein jedes Mitglied muß Agitator sein. Dazu werden die 100.000 bald wieder erreicht. Unsere Gewerkschaften können nicht nur Lohnbewegungsmaschinen sein, auch in kommenden normalen Zeiten wird ein jeder Erfolg Warenverteuerung nach sich ziehen. Das Ziel der Gewerkschaften muß sein das Ende des Lohnsystems, das Aufheben des kapitalistischen Regimes. Wir müssen die Aufbauphase der neuen Gesellschaft sein. Und diese Lehre muß auch die „Buchbinder-Zeitung“ verbreiten. Wir müssen zu nächsten sein, um schablonenmäßige Freiheit und Gleichheit zu predigen. Die schrankenlose Freiheit bedeutet die Ausbeutung der Schwächeren, die absolute Gleichheit aber bedeutet Mittellosigkeit und Mächtigkeits. Aber nach einem solchen wir rüchthellos streben. Die Arbeit (Brüderlichkeit) ist die größte unter ihnen. Dieser großen Idee müssen wir die Eigeninteressen unterordnen. Dann wird es uns möglich sein, die höchsten Höhen einer besseren Zukunft zu erreichen.

Berichte.

Dresden. In unserer Hauptversammlung am 30. Januar gab Lange einen inhaltreichen Tätigkeitsbericht über das vergangene Geschäftsjahr. Er verstand es, in plastischer Weise die Ereignisse dieses verhängnisvollen Jahres an den Zuhörern nochmals vorüberziehen zu lassen. Die Krise, die in der zweiten Hälfte des Jahres nahezu katastrophale Formen annahm, beehrte alle Eigenschaften, die sich die Arbeiterschaft in zäher Kämpfe erobert hatte. Jetzt darf man hoffen, das Schwere überwunden zu haben, jedoch nur dann, wenn sich die Kollegenschaft hingebend am Aufbau der Organisation beteiligt. Infolge der Geldentwertung mußten auch wir uns harte Einschränkungen auferlegen und große Anforderungen an den Idealismus unserer tätigen Kollegenschaft stellen. Jedoch so mancher Plan, so manche alte Einrichtung scheiterte an den immer unheilbarer werdenden finanziellen Verhältnissen. Vor allem ist die so notwendige Kasparungsarbeit wegen der unerschwinglichen Druckkosten, wie auch die Versammlungstätigkeit durch die enormen Sozialmieten außerst eingeschränkt werden mußte. Bei der umfangreichen Inanspruchnahme der verantwortlichen Kollegen kam leider die Bildungsarbeit etwas ins Hintertreffen.

Im Kasparungsbericht gab Kohl ein anschauliches Bild von der Wirkung der Geldentwertung auf unsere Kostenverhältnisse. Die ungeheure Arbeitslosigkeit lastet noch schwerer auf unserer Zahlstelle. Ueber die neue Arbeitszeiterordnung erläuterte Schewe ein eingehendes Referat. Er forderte die Betriebsräte auf, unter keinen Umständen einer Verlängerung der Arbeitszeit zuzustimmen, es sei denn, daß Umstände zwingender Art vorliegen.

In der folgenden Aussprache ließ ein Kollege unter dem allgemeinen Widerspruch der Versammelten eine mit allerlei Verdrüßlichkeiten gegen die Gewerkschaftsführer gesättigte Rede von Stapel. Nachdem schon alle nachfolgenden Redner gegen die Anwürfe Stellung genommen hatten, wies Lange im Schlusswort die auf ununterrichtete Personen berechneten Verdrehungen und Schleichheiten energisch zurück.

Stuttgart. Von der sogenannten Opposition der graphischen Verbände war für Freitag, den 1. Februar, eine Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen und dazu der große Saal sowie ein Nebenraum gemietet worden. Als Referent sollte in der Versammlung der Redakteur des „Graphischen Bloch“, der Buchdrucker Gabbey-Berlin, erscheinen. In dem großen Saal, der etwa 800-900 Personen zu fassen vermag, hatten sich glücklicherweise 40-50 Personen eingefunden, um der Dinge zu werden, die da kommen sollten. Sie sahen eine Stunde, aber der Buchdrucker Gabbey-Berlin kam nicht und man war deshalb in lausend Krämpfen. Man hatte sich große Kosten auf den Hals geladen, einen ständigen Versammlungsbesuch erreicht, sich einen Referenten aus Berlin verschrieben, der aber seine Getreuen im Stiche ließ. Um die großen Kosten decken zu können, begann man mit einer Sammlung unter den Anwesenden, was aber zur Folge hatte, daß ein beträchtlicher Teil derselben fluchtartig das Versammlungslokal verließ. Die groß angelegte Aktion, um auch die Stuttgarter graphische Arbeiterschaft für die kommunistischen Gewerkschaftsreferat mobil zu machen, hat somit jämmerlich Schiffbruch erlitten.

Lohn und Wohnung.

„n. Mit den kommenden Gehaltsmieten wird sich die Bautätigkeit wieder heben. Weiten Kreisen der Arbeiterschaft wird damit aber dennoch kein Heim gebracht, da sie sich eine Wohnung, ein Heim bei den ermäßigten Löhnen nicht leisten kann. Nach einer Feststellung von Prof. Bernick waren schon vor dem Kriege 6,5 Proz. der Bevölkerung Schlafstelleninhaber, das heißt 6,5 Proz. der Bevölkerung waren ohne Heim, ohne eine Stätte der Feier und Ruhe, ohne Halt. 6,5 Proz. hatten wohl ein Recht auf ein paar Stunden Schlaf im stichigen Räume, mit anderen zusammengepfercht. Ein Recht zum Wohnen, ein Recht auf Behaglichkeit, ein Recht auf Frieden, ein Recht auf die erziehbare Kultur der Wohnung hatten sie nicht. Die Erziehung besorgte die Anstalt, die Strafe. Die Gehaltsmieten kommen, und trotz aller Bautätigkeit wird Angehörigen trotzdem das Heim fehlen, weil ihnen der ausreichende Lohn fehlt. So hat es die göttliche Weltordnung gewollt. So wollten es aber leider viele Proletarier auch selber, weil sie blind waren für ihren eigenen Schutz, weil sie nicht die Erkenntnis und Kraft besaßen zum Eintritt in den gewerkschaftlichen Kampf.

Bekanntmachung des

1. Die wöchentliche Berichterstattung über die Beitragsleistung ist bisher von sehr vielen Zahlstellen entweder gar nicht oder nicht regelmäßig erfolgt. Wir benötigen dringend eine zuverlässige Uebersicht über die Beitragsleistung in den einzelnen Orten und müssen daher eruchen, daß die einkassierten Beitragsgelder, wenn irgend möglich, jede Woche an die Verbandskasse eingekandt werden und daß regelmäßig über die Zahl der in den einzelnen Beitragsklassen abgesetzten Beitragsmarken an uns berichtet wird.

Wo sich wegen der Geringfügigkeit des Betrages die wöchentliche Abwendung der Gelder nicht lohnt, sollte dies wenigstens alle zwei bis drei Wochen erfolgen. Wenn sich aber der gegenwärtige Kursstand der Papiermark ändert, dann ist unbedingt sofort über die Anzahl der bis dahin in den einzelnen Klassen abgesetzten Beitragsmarken an uns zu berichten. Geschieht das nicht, dann sind alle nicht als an die Mitglieder abgegeben gemeldeten Marken nach dem für die nachfolgende Woche geltenden Kursstand zu berechnen.

2. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge in:

Beitragsklasse	I	II	III	IV	V	VI
	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.	fl.
Düsseldorf	—	—	10	10	15	15
Glauchau i. Sa.	—	5	5	5	5	5*
M. Gladbach	—	5	5	5	5	10
Nerchau i. Sa.	—	5**	5	5	5	5
Pforzheim	—	5	5	10	10	10
Raschau i. Erzg.	—	5	5	10	10	10

* Einschließlich Beitrag für „Buchbinder-Zeitung“.
** Kom 1. April ab fällt der Lokalbeitrag für Beitragsklasse I weg

Die „Blod“-Helden auf dem Simpelsfang.

In Nr. 5 der „Buchbinder-Zeitung“ haben wir bereits berichtet, daß sich die „Blod“-Helden vom „Graphischen Bloch“ am 21. Januar einen Verband gegründet haben, um dessen Namen man sich so heftige Kopfschmerzen machte, daß eine zweite Versammlung notwendig wurde. In dieser am 31. Januar stattgefundenen Versammlung hat das Kind dann endlich seinen Namen gefunden. Nach einem uns vorliegenden Zettel nennen die Sonderblätter ihre Organisation „Verband d. Buchbinder u. verw. Berufe der Papierverarbeitung, Industrie“. Besondere geistige Anstrengungen hat man, wie sich zeigt, nicht gemacht, man lebte sich einfach in allergeringster Art an unsere Organisation und dessen Namen an. Natürlich mit Absicht und in der Erwartung, daß man mit diesem Namen eine Anzahl „Dumme“ mehr finden wird. Kein Mensch benutzt die langen Namen, und gleichwie unsere Organisation nur immer als „Verband der Buchbinder“ bezeichnet wird, so hofft man, wird auch mit der Organisation der Sonderblätter geschehen, und man hat damit die Möglichkeit der Verwechselung und — Freiführung geschaffen. Das war offensichtlich der Zweck der Sache. Wir registrieren diese Tatsache mit der Mahnung an unsere Mitglieder: Augen auf und abiet auf diese Firmen-Schwinder.

Literarisches.

Die Zeitung vor dem Untergang. Eine Antwort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Ernst Schulze auf den gedruckten Bericht über die sogenannte Konferenz der Ortsausschüsse in Weimar, der von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale verbreitet wird. Diese Schrift stellt die zahlreichen Lügen und Entstellungen der kommunistischen Hege gegen die Gewerkschaften klar und sollte deshalb in die weitesten Kreise der Arbeiterschaft getragen werden. Der Vertrieb der Broschüre erfolgt durch alle Buchhandlungen und durch die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Unsere „Buchbinder-Zeitung“

wird von Woche zu Woche in immer größerem Maße von unseren Mitgliedern verlangt. Das ist das beste Zeichen für das vorhandene Bedürfnis, dem Rechnung zu tragen unsere Verwaltungen alle Anstrengungen machen müssen. Niemand veräumle darum die Frist zur Erneuerung der Bestellung. Unsere Verwaltungen sollten ihren Stolz darin sehen, möglichst allen Mitgliedern die Zeitung auszubändigen zu können. Sie erleichtern sich damit ihre Tätigkeit, denn unsere Zeitung

ist das beste Mittel zur Agitation!

Verbandsvorstandes.

- Überschnuppen**
vom 4. Quartal 1923 gingen weiter bis zum 11. Februar bei der Verbandskasse ein von:
Berlin 1 769 014 138 136 459 M. — Gau Hanja — —
Morf. — Hamburg-Altona 493 000 000 M. — Potsdam 25 000 081 576 T. — Luedlburg 150 000 T. — Jorgau — M. — Wiesfeld 231 000 100 M. — Hannover 1 304 681 750 M. — Hildesheim 150 000 T. — Essen 125 988 250 M. — Ohligs 602 300 M. — Arlefeld 65 014 825 M. — Gieseln 17 414 000 M. — Heideberg 11 251 379 368 T. — Alenburg 1 345 079 T. — Halle a. d. Saale 93 511 500 M. — Nauenteln 8 085 200 M. — Kobla i. T. 15 000 500 M. — Weinstadt bei Koburg 410 000 M. — Blaun 34 510 150 M. — Gau Württemberg 50 000 000 M. — Kirchheim-Teuf 11 296 000 M. — Lebr 205 249 676 805 T. — Ludwigsburg 13 308 000 M. — Reutlingen — M. — Regensburg 7 747 000 M.
Die nach dem 31. Dezember 1923 eingehenden Beiträge kommen erst im 1. Quartal 1924 zur Verrechnung.
M. — Mof. T. — Taufend. M. — Millionen.

- Übersendungen.**
B. — Bevollmächtigter. K. — Kaffierer.
Kirchheim. B.: E. Zwimgmann, Weife 50 part.
K.: O. Ritter, Hällemannstr. 14 11.
Leve. K.: A. Adler, Feldmannsberg 3.
Alle Sendungen sind an den Kassierer zu richten.
Kiel. B.: O. Kader, Brühlstr. 1 11.
K.: A. Jahn, Kiel-Gaarden, Johannesstr. 15.
Kirchheim-Teuf. B.: G. Schmid, Marktplat 9.
K.: Ch. Wächte, Marientstr. 3.
Marburg. B. u. K.: W. Meiß, Colbe b. Marburg (Essen) N. 8.
Nerchau. B.: A. Schubert, Halbenaustr. 5.
K.: G. Lorenz, Burjener Str. 12.
Raschau. B.: M. Weib, Pöpla i. Erzgeb.
K.: M. Hübschmann, Grünhölzlet 22.
Südau. B.: W. Probst, Hoonstr. 1 III.
K.: A. Scheller, Neuhere Leipziger Str. 45 IIII.
Der Verbandsvorstand.